

Aus den Verhandlungen des schweizerischen Bundesrathes.

(Vom 3. Januar 1855.)

Der Schweiz. Generalkonsul in Leipzig übersandte dem Bundesrath, mit Zuschrift vom 28. v. Mts., seinen Jahresbericht, von welchem der auf den Handel und Verkehr bezügliche Theil hier gegeben wird:

„Die Handelsbeziehungen der Schweiz zu Sachsen und den deutschen Zollvereinsstaaten sind im Laufe des verfloffenen Jahres, unter dem Druke der allgemeinen kritischen Verhältnisse leidend, geringer gewesen als gewöhnlich. Weniger die politischen Zustände, an deren Ungewißheit man angefangen hat sich zu gewöhnen, als die Theurung aller Lebensmittel, die immer noch eher im Zunehmen als im Abnehmen begriffen ist, haben hemmend auf Handel und Verkehr gewirkt. Der Konsum von Fabrikaten aller Art, und ganz besonders von Luxusartikeln, hat sich auf das Allernothwendigste beschränkt, und da die Produktion mit der so bedeutend verminderten Konsumation leider nicht gleichen Schritt gehalten hat, so ist dadurch Ueberführung der Märkte entstanden, was schlechte Geschäfte aller Art nach sich zog. Oft sind Verkäufe von Manufakten gemacht worden, deren Preise kaum das Rohmaterial deckten.

„Die hiesigen Messen, deren Wichtigkeit auch für den schweizerischen Handel aus der fortwährenden Zunahme der dieselben immer zahlreicher besuchenden Schweizerfabrikanten deutlich hervorgeht, sind schlechter gewesen als in den Jahren 1848 und 1849.

„Als ein besonders günstiger Umstand mußte betrachtet werden, daß in den Monaten Oktober und November in den von den Russen geräumten Fürstenthümern, so wie auch in einigen Theilen Polens, großer unerwarteter Bedarf für Seidenwaaren sich zeigte, so daß manches Stück Schweizerwaare nach jenen Gegenden zu ziemlich lohnenden Preisen Absatz fand.

„Die Tarifffrage ist dieses Jahr unberührt gelassen worden. Bei der Zollvereinskonzferenz in Darmstadt soll zwar eine Tarifierhöhung von den süddeutschen Staaten wie gewöhnlich zur Sprache gekommen und merkwürdigerweise in einigen Punkten auch von Sachsen unterstützt worden sein. Durch den Beitritt Hannovers zum Zollverein ist jedenfalls ein entschiedener Gegner aller Prohibitivmaßregeln gewonnen worden, und es steht zu erwarten, daß der bestehende Vereinstarif eine Veränderung sobald nicht erleiden dürfte.

„In Anbetracht der anhaltenden Theuerung aller Lebensmittel, ist in Darmstadt die zollfreie Einfuhr von Getraide und Hülsenfrüchten bis Ende Juni 1855 verlängert worden, eine Maßregel, die jedoch den damit beabsichtigten Zweck, nur wohlfeileres Brot zu verschaffen, schwerlich erreichen, weit eher (abgesehen von dem eigentlich Niemanden zu gut kommenden Ausfall in den Vereinskassen) nur dazu dienen dürfte, einige Spekulanten zu bereichern. Weit zweckmäßiger würde man eine gänzliche Aufhebung aller, den Binnenverkehr hemmenden Maßregeln und Beschränkungen, den Handel in Getraide und Lebensmitteln betreffend, erachtet haben. Die allgemeine öffentliche Meinung in hiesigen Landen spricht sich unumwunden dahin aus, daß der Kornvertheuerung nicht zweckmäßiger und besser entgegen getreten werden kann, als durch ein gänzlichcs Freigeben des Kornhan-

dels, durch ein Aufhören aller polizeilichen Beschränkungen, in der Weise, daß Jeder in Getraide und Lebensmitteln Geschäfte nach seinem Gutdünken machen und in dieser Branche sich ganz frei bewegen könnte, ohne Gefahr zu laufen, von vorn herein als Kornwucherer verschrieen zu werden.

„Die dießjährige Aernthe in Norddeutschland ist übrigens in Quantität weniger ergiebig ausgefallen, als man beim Beginne derselben vermuthete, und es stellt sich ziemlich klar heraus, daß bei einer mittelmäßigen Aernthe Deutschlands Norden ohne fremde Zufuhr seinen Bedarf zu decken außer Stand ist. Da nun nirgends Borrath von altem Getraide vorhanden ist, Rußlands Kornkammern vor der Hand verschlossen bleiben, Amerika auch nicht exportirt, so steht zu befürchten, daß wir noch geraume Zeit theures Brot haben werden.

„Wie überall, so wird auch in den nördlichen Zollvereinsstaaten gemünztes Silber immer seltener; die von einigen Seiten angeregte Idee, die Goldvaluta gesetzlich einzuführen und die Goldsorten zu tarifiren, findet jedoch wenig oder gar keinen Anklang. Gold soll eine Waare bleiben, die zu nehmen oder zu verweigern Jedem freistehen muß. Also äußert sich in seiner großen Majorität Deutschlands Handelsstand.

„Auf eine für Zeiten des Kriegs u. s. w. höchst beunruhigende Weise nimmt in allen norddeutschen Staaten die Creation von Papiergeld unter allen erdenklichen Formen und in solchem Grade zu, daß Preußen mit dem Gedanken umgeht, diesem Unfug Einhalt zu thun, und in seinen Staaten einen großen Theil der in vielen Millionen zirkulirenden fremden Papiergelder gesetzlich zu verbieten. Früher oder später wird dieses künstliche Zahlungsmittel auch versuchen, sich nach der Schweiz

einen Weg zu bahnen, und es ist sehr zu wünschen, daß von vorn herein von Seite der Schweiz Maßregeln getroffen werden möchten, um diesen Weg zu versperren.

„Auf alle Geschäfte und Verkehrsverhältnisse üben die Eisenbahnen je länger je mehr den allerwohlthätigsten Einfluß aus, und es gehört zu den merkwürdigen Erscheinungen unserer Zeit, daß, je mehr Bahnen entstehen und je mehr das Eisenbahnnetz sich ausdehnt, um so mehr der Verkehr zunimmt. Auf den meisten Bahnen haben, des beispiellos schlechten Geschäftsganges ungeachtet, die Einnahmen in diesem Jahre gegen voriges Jahr abermals bedeutend zugenommen. Im Allgemeinen rentiren diejenigen Bahnen, die sich in Händen von Privaten befinden, der hohen Steuern und Abgaben ungeachtet, weit besser, als jene die vom Staate verwaltet werden; was einen sprechenden Beweis liefert, daß der Staat keine Industrie treiben und den so wichtigen Zweig derselben (die Eisenbahnen) der Privatindustrie überlassen soll.

„Dennoch herrscht in Preußen und Sachsen die entgegengesetzte Meinung, und es suchen die Regierungen beider Staaten, die Privatbahnen an sich zu bringen. So hat z. B. die sächsische Regierung der Leipzig-Dresden-Gesellschaft für eine Aktie von 100 Thalern 200 Thaler in 4 % Staatspapieren geboten, ein Angebot, das von der zu diesem Behufe in voriger Woche abgehaltenen Generalversammlung mit 4200 Stimmen gegen 25, welsch' letztere die Bahn an den Staat verkaufen wollten, verworfen worden ist.

„Die österreichische Regierung dagegen hat durch den Verkauf ihrer Staatsbahnen an eine französische Gesellschaft auf eine unzweideutige Weise zu erkennen gegeben, daß sie es dem staatswirthschaftlichen Interesse für an-

gemessen erachtet, die Eisenbahnindustrie der Privatspekulation zu überlassen.

(Vom 8. Januar 1855.)

Auf den Bericht des Schweiz. Post- und Baudepartements über die postalischen Verhältnisse der Gemeinde Laupen, Kts. Bern, hat der Bundesrath die Errichtung eines Postbüreau in genanntem Orte, wo bisher nur eine Postablage war, beschlossen, und zugleich den Gehalt des dortigen Posthalters auf Fr. 300 festgesetzt.

(Vom 10. Januar 1855.)

Der Schweiz. Konsul in Marseille meldet in seinem, sub 5. d. Mts. an den Bundesrath eingesandten Jahresberichte unter Anderm, daß im letztverfloffenen Jahre, besonders im Anfang desselben, die Auswanderung nach Algier sehr stark gewesen sei, so daß gegenwärtig mehrere hundert Schweizer dort als Kolonisten sich befinden; allein die Urbarmachung des Bodens falle Vielen von ihnen sehr schwer, und die verderblichen Fieber seien im genannten Lande ziemlich häufig, weßwegen denn auch nicht Wenige der Emigranten wieder in ihre Heimath zurückkehren.

Herr L. J. Bousquet in Chancy, Kts. Genf, ist zum Pulververkäufer an gedachtem Orte patentirt worden.



Aus den Verhandlungen des schweizerischen Bundesrathes.

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1855
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	03
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	13.01.1855
Date	
Data	
Seite	45-49
Page	
Pagina	
Ref. No	10 001 575

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.